



Prof. Dr. Marcel Fratzscher, Präsident
des Deutschen Instituts für Wirtschafts-
forschung (DIW Berlin)

SECHS FRAGEN AN MARCEL FRATZSCHER

»Wir brauchen Impulse für die private Wirtschaft«

1. Herr Fratzscher, wie steht es aktuell um die europäische Wirtschaft? Wir haben seit Ende letzten Jahres wieder positive Wachstumszahlen für die meisten Krisenländer, aber das Wachstum, das wir über das letzte Jahr gesehen haben, ist nach wie vor sehr schwach. Also kann man nicht wirklich von einer Erholung sprechen, zumal auch die Arbeitslosenzahlen in manchen Ländern nicht nur sehr hoch sind, sondern in einigen auch weiter steigen.
2. Der aktuelle Wochenbericht des DIW mahnt, dass die Investitionen in Europa zu schwach sind. Wie könnte die Investitionsbereitschaft wieder belebt werden? Wir brauchen eine europäische Investitionsagenda mit drei Elementen. Erstens brauchen wir nicht mehr Staat und mehr Staatsausgaben, sondern wir müssen den Markt fördern, das Marktfunktionieren verbessern, mehr Wettbewerb und mehr Innovation schaffen. Das gilt vor allem für die privaten Investitionen. Das zweite ist die Frage, wie wir Unternehmen konkret Anreize geben können, mehr zu investieren? Hier kann man eine Menge über steuerliche Anreize machen. Wir haben in Deutschland bereits in den Jahren 2004 und 2009 gezeigt, dass zum Beispiel steuerliche Bevorzugung von Investitionen durchaus einen positiven Impuls für Investitionen geben kann. Diesen fiskalischen Spielraum sollten auch die Krisenländer haben. Das dritte Element ist ein europäischer Investitionsfonds, der im Prinzip die Aufgabe hat, die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen in der gesamten EU zu verbessern. Dazu könnte auf eine existierende Plattform wie zum Beispiel dem europäischen Investitionsfonds, der bei der europäischen Investitionsbank angesiedelt ist, aufgebaut werden.
3. Welche Rolle spielen die Banken? Sind sie nicht in der Lage oder nicht gewillt, Kredite an die Wirtschaft zu vergeben? Es ist ein bisschen was von beidem. Wir sehen, dass die Kreditnachfrage von Unternehmen deutlich zurückgegangen ist. Wir wissen aber auch, dass viele Banken die Liquidität, die sie von der europäischen Zentralbank bekommen, nicht an Unternehmen weitergeben, vor allem in den Krisenländern. Deshalb müssen wir

einen Mechanismus finden, wie wir diesen Kreditkanal wieder reparieren. Die europäische Zentralbank hat das versucht, kann das aber nur sehr begrenzt. Sie kann zwar den Banken mehr Kredite geben, aber sie letztlich nicht zwingen, diese Kredite weiterzugeben.

4. Auf nationaler und europäischer Ebene wurden bereits verschiedene Reformen in Angriff genommen. Reichen diese Maßnahmen aus? Die Reformen, die auf nationaler und europäischer Ebene gemacht wurden, sind sicherlich richtig und enorm wichtig. Aber sie werden nicht schnell Resultate in Form von höherem Wachstum und mehr Beschäftigung bringen. Wir haben in Deutschland 2004 nach den Agendareformen noch fast fünf Jahre gebraucht, um überhaupt mit dem Rest der Eurozone gleichzuziehen. Das wird für die europäischen Krisenländer eher noch länger dauern, denn wir hatten damals in Deutschland das riesige Glück, dass wir diese Reformen in einer boomenden Weltwirtschaft in Angriff genommen haben, wogegen die Südländer heute in einem sehr schwachen europäischen und globalen Umfeld agieren.
5. Wie beurteilen Sie die Idee, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts aufzuweichen? Den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen, wäre ein fatales Signal. Das würde signalisieren, wir haben zwar neue Regeln aufgesetzt, aber sie halten nur so lange, wie wir es wollen, und wir können sie auch relativ schnell wieder umgehen oder aufheben. Das würde das bereits angeknackste Vertrauen in Europa und damit auch die Wirtschaft noch mal schwächen. Es wäre eine Maßnahme, die relativ schnell verpuffen könnte.
6. Was sollte die Politik jetzt tun? Die Politik muss Vertrauen schaffen, indem sie Reformen auf nationaler und europäischer Ebene entschieden umsetzt. Sie sollte versuchen, vor allem einen Impuls für die private Wirtschaft zu setzen. Nur wenn es gelingt, die private Aktivität wieder deutlich zu stärken, werden wir nachhaltig aus der Krise herauskommen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Kerstin Bernoth
Hendrik Hagedorn
Dr. Thure Traber

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 – 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.